

Ausschreibung des im Jahr 2025 vorgesehenen Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung

Vom 24. Mai 2024, Az.: MLW24-252-85/1/1

I.

Allgemeines

Ziele und Zweck der Städtebauförderung

Die Städtebauförderung dient seit mehr als 50 Jahren dem Abbau städtebaulicher Missstände und Entwicklungsdefizite sowie einer zeitgemäßen und nachhaltigen Weiterentwicklung gewachsener baulicher Strukturen. Sie stärkt damit in den Städten und Gemeinden des Landes die örtliche, kommunale Identität und Attraktivität. Als lernendes Programm reagiert die Städtebauförderung dabei flexibel auf neue und wechselnde Herausforderungen und legt so die Grundlagen für eine widerstandsfähige Fortentwicklung der Städte und Gemeinden. Dies gilt aktuell besonders für die Schaffung und Aktivierung von Wohnraum und Maßnahmen zur klimaverträglichen Ausgestaltung der Kommunen. Die Schaffung und der Erhalt von attraktiven und lebendigen Stadt- und Ortskernen, die eine zukunftsfähige Nutzungsmischung ermöglichen, ist eine dauernde Aufgabe der Städtebauförderung.

Die Städte und Gemeinden für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert, attraktiv und anpassungsfähig für künftige Herausforderungen zu erhalten, ist die dauernde Aufgabe der Städtebauförderung. Unabhängig von der Größe der Kommune oder ihrer

Lage, ob im Ländlichen Raum oder mitten im Ballungszentrum, ist sie unverändert *das* Leitprogramm für eine zukunftsgerechte Entwicklung unserer Städte und Gemeinden und ist - gerade in schwierigen Zeiten – in Baden-Württemberg ein langfristig verlässlicher Partner der Kommunen. Die Städtebauförderung unterstützt auch weiterhin die Städte und Gemeinden bei dem Transformationsprozess hin zu einer gerechten, grünen und produktiven Gesellschaft, ganz im Sinn der Neuen Leipzig-Charta, die zudem die Gemeinwohlorientierung besonders in den Fokus rückt.

Der Erhalt und die Gestaltung von lebendigen und identitätsstiftenden Stadt- und Ortskernen, das Schaffen von Wohnraum und zukunftsorientierten Infrastrukturen sowie Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel stehen dabei besonders im Fokus. Darüber hinaus können die Finanzhilfen der Städtebauförderung zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen, z.B. durch die Beseitigung von Angsträumen, durch geeignete Gestaltungsmaßnahmen oder die Förderung von Beleuchtungskonzepten.

Die Bewahrung des gebauten kulturellen Erbes vor Ort und die Sicherstellung der Grund- und Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des sich rapide ändernden Einkaufsverhaltens sind Herausforderungen, denen sich die städtebauliche Erneuerung bereits seit längerem stellen muss. Denkmalschutz und Wohnraumförderung stehen dabei in besonders engem Zusammenhang mit der städtebaulichen Erneuerung.

Ein herausragendes Ziel der städtebaulichen Erneuerung ist die Verbesserung und bedarfsgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes. Der anhaltende demografische Wandel und die unverändert angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt stellen alle Akteure vor besondere Herausforderungen, bei denen die Städtebauförderung maßgeblich unterstützen kann. Gerade auch durch die Aktivierung von brachliegenden oder unter- und fehlgenutzten Flächen für den Wohnungsneubau. Damit wird dem unverändert steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum Rechnung getragen.

Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Förderangebote wie u. a. des Wohnungsbauprogramms kann durch die Freilegung und Neuordnung der vielfältigen

Brachflächen aller Art im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung der Neubau von Wohnungen in städtebaulich optimierter Lage ermöglicht werden.

Als Leitprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen unterstützt die städtebauliche Erneuerung auch bei ihrer klimaverträglichen Fortentwicklung. Die Programme der Städtebauförderung sind traditionell am Bestand orientiert und tragen damit nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ maßgeblich zur Nachverdichtung und damit zu einer spürbaren Reduzierung der Freiflächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke bei. Daneben unterstützt die Städtebauförderung das Ziel der langfristigen Netto-Treibhausgasneutralität u. a. durch die Förderung umfassender Gebäudemodernisierungen und des Fuß- und Radverkehrs und trägt zur Klimaresilienz durch die Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur bei.

Fördervoraussetzungen

Städtebauförderung beruht auf den Grundsätzen des besonderen Städtebaurechts des Baugesetzbuchs (BauGB). Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen werden nach §§ 136 ff. BauGB, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach §§ 165 ff. BauGB vorbereitet und durchgeführt. Notwendig ist die Bündelung von Einzelmaßnahmen mit dem Ziel, ein abgegrenztes (Sanierungs-)Gebiet im Rahmen eines städtebaulichen Erneuerungsprozesses von flächenhaften Missständen zu befreien. Städtebauförderung ist stets gebietsbezogen und Prozessförderung.

Die Förderung im Landessanierungsprogramm und in den Bund-Länder-Programmen erfolgt auf der Grundlage von § 164 a, § 164 b und § 169 Abs. 1 Nummer 9 BauGB sowie nach der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Förderung städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (StBauFR) in der Fassung vom 1. Februar 2019 (GABl. S. 88).

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen müssen planerisch ausreichend vorbereitet sein. Dazu sind vor allem die städtebaulichen Missstände zu erheben, die städtebaulichen Ziele zu bestimmen, die Mitwirkungsbereitschaft der Betroffenen festzustellen, eine Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange durchzuführen, soweit dies

erforderlich ist, und die voraussichtlichen Kosten zu ermitteln (vgl. Nr. 13.2.1 StBauFR).

Bewährt und unverzichtbar für eine erfolgreiche nachhaltige Stadtentwicklung ist die Erstellung und regelmäßige Fortentwicklung eines umfassenden gesamtörtlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zu einem solchen interdisziplinären Konzept gehören Analysen und stadtplanerische Zielsetzungen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, des lokalen Wohnungsbestandes und -bedarfs, der Einzelhandelsstruktur und Nahversorgung, der Mobilität und des Verkehrs, des Bildungs- und Arbeitsangebots, der sozialen und integrationsfördernden Einrichtungen sowie der öffentlichen Grün- und Freiraumversorgung. In den GEKs sind außerdem die Herausforderungen und Zielsetzungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung zu bearbeiten. Vorliegende Konzepte wie z. B. energetische Quartierskonzepte oder kommunale Wärmepläne sind entsprechend zu berücksichtigen.

Von dem gesamtörtlichen Konzept ist ein gebietsbezogenes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) abzuleiten, in dem die Ziele und Maßnahmen zur Problembewältigung im Fördergebiet darzustellen sind. Dabei sind auch die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu bearbeiten. Die Aktualität des ISEKs ist durch zielorientierte Fortschreibungen sicherzustellen.

Weiterhin sind im Rahmen der Gesamtmaßnahme zwingend Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur durchzuführen, um einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen hin zum langfristigen Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität zu leisten und die Klimaresilienz zu unterstützen.

Förderschwerpunkte

- Schaffung von Wohnraum durch Umnutzung, Modernisierung und Aktivierung von Flächen und leerstehenden Immobilien,

- Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur ökologischen Erneuerung, unter anderem in den Handlungsfeldern Optimierung der Energieeffizienz im Altbaubestand, Verbesserung des Stadtklimas, Reduzierung von Lärm und Abgasen, Aktivierung der Naturkreisläufe in den festgelegten Gebieten, Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur und des Wohnumfeldes durch Schaffung und Erhalt sowie Qualifizierung von multifunktionalen Grün- und Freiräumen. Maßnahmen zur Unterstützung des Holzbaus stehen in besonderem Fokus,
- Stärkung, Revitalisierung und Erhalt der Funktionsfähigkeit bestehender Stadt- und Ortszentren, insbesondere durch die Sicherstellung der Nahversorgung und Daseinsvorsorge sowie die Aufwertung des öffentlichen Raumes,
- Sicherung und Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration in den Quartieren als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge durch Erhaltung und Aufwertung des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes in Wohnquartieren mit negativer Entwicklungsperspektive und besonderem Entwicklungsbedarf,
- Sicherung und Erhalt denkmalpflegerisch wertvoller Bausubstanz sowie stadt- und ortsbildprägender Gebäude,
- Neustrukturierung und Umnutzung leerstehender, fehl- oder mindergenutzter Flächen und baulich vorgentzter Brachflächen, insbesondere bisher militärisch genutzter Gebäude und Liegenschaften sowie Industrie-, Gewerbe- und Bahnbrachen, z. B. für den Wohnungsneubau, Gewerbe und hochwertige Dienstleistungen,
- Stabilisierung und Aufwertung bestehender Gewerbegebiete, insbesondere im Hinblick auf eine effiziente Flächenausnutzung und qualitätsvolle öffentliche Räume, um zukunftsfähige Entwicklungen zu ermöglichen und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken.
- Maßnahmen zur Anpassung vorhandener Strukturen an den demografischen Wandel (insbesondere Maßnahmen zur Erreichung von Barrierefreiheit bzw. -armut im öffentlichen Raum und zum generationengerechten Umbau von Wohnungen),

Ein Fördervorrang besteht für die Schaffung von Wohnraum durch Umnutzung, Modernisierung und Aktivierung von Flächen und leerstehenden Immobilien. Fördervorrang haben auch Anträge mit einem hohen Anteil an Maßnahmen zur Belebung und langfristigen Aufwertung von Stadt- und Ortskernen. Die Kombination mit Einzelmaßnahmen, die im Rahmen des Investitionspakts Baden-Württemberg Soziale Integration (IBW) oder im Bundesprogramm Zukunft Innenstadt gefördert werden, ist möglich.

Allgemeines zur Antragstellung

Städtebauförderungsmittel werden zur Deckung der Kosten der einheitlichen Vorbereitung und zügigen Durchführung einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme) nach § 164 a Abs. 1 BauGB eingesetzt. Fördergegenstand ist die Gesamtmaßnahme; ihr entspricht die Gesamtbewilligung des Landes.

Soweit die vom Land bewilligten Finanzhilfen hinter dem beantragten Volumen zurückbleiben, müssen die Kommunen entweder ihre Sanierungskonzeption an den bewilligten Förderrahmen anpassen, das Erneuerungsgebiet verkleinern oder schriftlich bestätigen, dass sie die Finanzierung der Erneuerungsmaßnahme aus eigenen Mitteln gewährleisten, um die sanierungsrechtliche Vorgabe des BauGB zur Gesamtfinanzierung einer Erneuerungsmaßnahme zu erfüllen. Dies gilt gleichermaßen bei der Ausweitung einer Sanierungskonzeption oder der Ausdehnung des Erneuerungsgebiets.

Bei Anträgen auf Erneuerungsmaßnahmen in einer Gemeinde, in der bereits eine Erneuerungsmaßnahme durchgeführt wird bzw. worden ist, ist dem Antrag eine Übersichtskarte beizufügen, in die alle Erneuerungsgebiete eingezeichnet sind (auch abgerechnete Maßnahmen); der Stand der Maßnahmen ist zu erläutern.

Gebietsteile, die bereits Gegenstand eines Sanierungsverfahrens waren, können nur dann in ein neues Sanierungsgebiet einbezogen werden, wenn die alte Maßnahme vorher mit Schlussbescheid abgerechnet, die frühere Sanierungssatzung aufgehoben worden ist und weiterhin städtebauliche Missstände vorliegen. Im Antrag sind solche Fälle zu erläutern.

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen sind grundsätzlich innerhalb eines achtjährigen Bewilligungszeitraums durchzuführen; in begründeten Fällen ist eine Verlängerung möglich. Eine ausgereifte und umsetzungsorientierte Vorbereitung von Erneuerungsmaßnahmen ist Voraussetzung für eine Programmaufnahme.

Nicht mehr berücksichtigt werden in der Regel Anträge von Kommunen, die Maßnahmen noch nicht abgerechnet haben, die vor 2009 in die Programme aufgenommen wurden; dies gilt grundsätzlich auch bei Maßnahmen, die in den Jahren 2009 und 2010 aufgenommen worden sind.

II.

Voraussichtliches Programmvolumen

Das Bewilligungsvolumen für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung wird beim Bund im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 festgelegt. Für die Landesfinanzhilfen gilt der Ansatz im Doppelhaushalt 2025/2026 des Landes, der vom Landtag im Dezember 2024 beschlossen werden soll. Im Jahr 2024 werden rd. 76,4 Mio. Euro Bundesfinanzhilfen und 155,2 Mio. Euro Landesfinanzhilfen für die Programme der städtebaulichen Erneuerung zur Verfügung gestellt. Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen geht – vorbehaltlich der politischen Entscheidungen im Rahmen der kommenden Haushaltsplanaufstellungen – für 2025 von einem Gesamtfördervolumen aus, das sich in vergleichbarer Höhe bewegen wird.

Die zur Verfügung stehenden Landesfinanzhilfen werden für das Landessanierungsprogramm und die Komplementärfinanzierung der vom Bund für 2025 vorgesehenen Bund-Länder-Programme eingesetzt. Neben dem Landessanierungsprogramm (LSP) werden Bundesfinanzhilfen im Jahr 2025 für folgende Programm- bzw. Themenschwerpunkte erwartet:

- Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP),
- Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP),
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung – lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

Die früheren Bund-Länder-Programme werden noch ausfinanziert.

III.

Landessanierungsprogramm und Bund-Länder-Programme

Im Landessanierungsprogramm und in den Bund-Länder-Programmen gelten die gleichen Förderschwerpunkte. Die Umsetzung erfolgt einheitlich nach den Städtebauförderungsrichtlinien des Landes.

Grundlage für den Einsatz der Bundesfinanzhilfen ist die nach Maßgabe des Grundgesetzes und des § 164 b BauGB zwischen dem Bund und den Ländern für die Jahre 2025 und 2026 abzuschließende Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2025/2026).

Im Folgenden werden die Programmschwerpunkte der einzelnen Bund-Länder-Programme kurz vorgestellt:

Lebendige Zentren - Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)

Die Finanzhilfen werden insbesondere zur Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und zum Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischen Altstädten, Stadtteilzentren und Zentren in Ortsteilen eingesetzt. Ziel ist die Entwicklung der Quartiere zu attraktiven und identitätsstiftenden Standorten für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur. Bau-liche Maßnahmen zum Erhalt des baukulturellen Erbes und zur Sicherung und Sanierung erhaltenswerter und denkmalgeschützter Gebäude, historischer Ensembles oder sonstiger Anlagen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung haben besonderes Gewicht.

Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)

Mit dem Programm sollen insbesondere Maßnahmen des sozialen Zusammenhalts zur Stabilisierung und Aufwertung von Stadt- und Ortsteilen gefördert werden, die aufgrund der Zusammensetzung und der wirtschaftlichen Situation der dort lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind. Die Finanzhilfen sollen ei-

nen Beitrag zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt, zur Integration aller Bevölkerungsgruppen sowie zur Stärkung des Zusammenhalts im Quartier leisten.

Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

Bund und Land unterstützen die Städte und Gemeinden im Rahmen des Programms insbesondere bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demographischen Wandels vor allem in Gebieten, die von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten und Strukturveränderungen betroffen sind. Die Finanzhilfen sollen die Städte und Gemeinden frühzeitig in die Lage versetzen, sich auf Strukturveränderungen und die damit verbundenen städtebaulichen Auswirkungen einzustellen. Das Wachstum und die nachhaltige Erneuerung dieser Gebiete zu lebenswerten Quartieren soll gefördert werden.

Die aktuelle Programmstruktur des Bundes hat förder technisch keine Auswirkungen auf städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen, die in den früheren Bund-Länder-Programmen gefördert werden. Eine Überführung von Gesamtmaßnahmen wird nach Bedarf erfolgen.

Für die Handlungsfelder, die über die städtebaulichen Aufgaben hinausgehen, sind die Fachressorts und sonstigen Aufgabenträger auf Landesebene aufgefordert, auf eine verstärkte Bündelung von Fördermaßnahmen in Sanierungsgebieten nach §142 BauGB hinzuwirken.

IV. Verfahren

1. Digitale Antragstellung

Der Antrag ist ausschließlich in digitaler Form zu stellen. Die Hinweise zur Antragstellung (unter www.stadterneuerung-bw.de bzw. Direktlink: <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme/liste-foerderprogramme-mlw/staedtebaufoerderung> abrufbar) sind anzuwenden sowie die aktualisierten Vordrucke zu verwenden.

2. Vorlagetermine

Anträge auf Aufnahme neuer städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen und Aufstockungsanträge für laufende Erneuerungsmaßnahmen sind entsprechend dem in den Hinweisen vorgegebenen Antragsverfahren bis zum **4. November 2024** zu stellen.

Die Antragsfrist ist im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Bearbeitung unbedingt einzuhalten. Bei mehreren Anträgen ist die Kommune verpflichtet, zeitgleich mit der Antragstellung eine numerische Priorisierung der Anträge vorzunehmen.

Die Sachstandsberichte (einschl. IVS und SIQ) sind ebenfalls ausschließlich in digitaler Form - entsprechend dem in den Hinweisen vorgegebenen Antragsverfahren - bis zum **15. November 2024** vorzulegen. Sie werden bei der Bearbeitung von Aufstockungsanträgen und Neuanträgen in die Gesamtschau einbezogen. Sofern sich bei SIQ- und IVS-Vorhaben weiterer Finanzhilfebedarf zeigt, kann laufend bzw. bis zum 4. November 2024 hierfür noch ein Aufstockungsantrag gestellt werden.

Es sind die aktualisierten Antragsvordrucke (unter www.stadterneuerung-bw.de bzw. Direktlink: <https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme/liste-foerderprogramme-mlw/staedtebaufoerderung> abrufbar) zu verwenden.

3. Anträge auf Aufnahme neuer Maßnahmen

- 3.1 Städte und Gemeinden, die bereits für das Programmjahr 2024 einen Antrag gestellt haben, der nicht berücksichtigt werden konnte, werden gebeten, einen aktualisierten Antrag beim Regierungspräsidium zu stellen, sofern der Antrag wiederholt werden soll.
- 3.2 Es wird empfohlen, die Durchführbarkeit und Finanzierung einer Maßnahme vor der Antragstellung mit dem Regierungspräsidium zu erörtern.
- 3.3 Dem Antrag sind Übersichtspläne beizufügen, die über folgende Punkte Aufschluss geben:
 - Lage des vorgesehenen Erneuerungs- oder Entwicklungsgebiets innerhalb der Gemeinde,
 - aussagekräftige Darstellung des Erneuerungs- oder Entwicklungsgebiet mit lesbaren Straßennamen, Maßstab ca. 1 : 1000/2500,
 - Planunterlagen zur städtebaulichen Gesamtkonzeption und Bebauungsplanentwürfe für das Gebiet, Maßstab ca. 1 : 1000,
 - bei mehreren Maßnahmen in einer Kommune Übersichtskarte über alle Gebiete (vgl. Abschnitt I Nr. 6), Maßstab ca. 1 : 2500/5000.
- 3.4 Dem Antrag sind eine Zusammenfassung des gesamtörtlichen Entwicklungskonzepts und das gebietsbezogene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept beizufügen.
- 3.5 Im Antrag ist detailliert darzustellen, wie im Rahmen der Gesamtmaßnahme Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur und umfassende energetische Erneuerungen, umgesetzt werden sollen. Dabei können auch Maßnahmen aufgeführt werden, die in anderer Weise finanziert werden (wie z.B. die kommunale Wärmeplanung). Anträge ohne aussagekräftige Ausführungen können nicht bearbeitet werden.

- 3.6 Durch großflächigen Einzelhandel in städtebaulich nicht integrierter Lage und andere kommunalpolitische Entscheidungen können die Bemühungen zur Stärkung der Zentren gefährdet werden. Im Antrag sind daher Angaben zur gesamtstädtischen Entwicklungsplanung zu machen. Die Gemeinde hat im Antrag den Unschädlichkeitsnachweis zu führen (z. B. durch ein Einzelhandelskonzept), dass keine innenstadtrelevanten Aktivitäten am Ortsrand erfolgen, ggfs. auch zusätzlich darzustellen, wie durch weitere Aktivitäten das bestehende Zentrum in seiner Funktion gesichert und gestärkt wird (etwa Wohnen in der Innenstadt, Freizeitnutzung, Vereinsnutzung, Kultur, emissionsarme Produktion, u. ä.).
- 3.7 Damit die Kommunen eine zügige Durchführung und Finanzierung der Erneuerungsmaßnahmen gewährleisten können, soll die Zahl der laufenden Erneuerungsmaßnahmen - abhängig von der Gemeindegröße und Verwaltungskraft - begrenzt sein.

4. Aufstockungsanträge / Sachstandsberichte

Die jährlichen Sachstandsberichte dienen der Evaluation und laufenden Begleitung der Erneuerungsmaßnahmen. Ihnen kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Es liegt im eigenen besonderen Interesse der Kommunen, dass Sachstandsberichte und Aufstockungsanträge sorgfältig und vollständig ausgefüllt werden und alle wesentlichen Informationen für die laufende Beurteilung der Erneuerungsmaßnahme durch die Bewilligungsstelle und das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen enthalten. Ein herausgehobenes Augenmerk gilt dabei Aussagen zur Schaffung von Wohnraum und zu Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Bewältigung des Klimawandels.

Bei allen Erneuerungsmaßnahmen, bei denen der Bewilligungszeitraum innerhalb eines Jahres endet, sind im Sachstandsbericht zusätzlich auch Informationen zum Abschluss der Erneuerungsmaßnahme bzw. zur Vorlage der Abrechnung zu geben, damit die Abrechnungsreife dieser Maßnahmen geprüft werden kann. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums beantragt wird.

Für ein effizientes Monitoring der Maßnahmen soll in den laufenden Sachstandsberichten in angemessenem Umfang vom Fortschritt der Maßnahmen berichtet werden (vgl. Abschnitt I Nr. 8). Zur Veranschaulichung ist auch Bildmaterial zu geförderten Einzelmaßnahmen beizufügen (in Form von aussagekräftigen Vorher-Nachher-Bildern). Das gebietsbezogene integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept ist dem Sachstandsbericht ebenfalls beizufügen – sofern es noch nicht vorgelegt wurde.

Dem Aufstockungsantrag / Sachstandsbericht sind aussagekräftige Übersichtspläne über bereits durchgeführte Einzelmaßnahmen, über die im Programmjahr vorgesehenen Einzelmaßnahmen sowie zur Schaffung von Wohnraum anzuschließen. Die Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel im Sanierungsgebiet ist ausführlich zu erläutern. Anträge ohne aussagekräftige Ausführungen können nicht bearbeitet werden. Die Angabe der bereits erfolgten und künftig angestrebten jährlichen CO₂-Einsparung durch Gebäudemodernisierung oder Ersatzneubauten ist ausdrücklich erwünscht.

Außerdem sollen die Sachstandsberichte nachvollziehbare Aussagen zu den konkret bereits erzielten bzw. angestrebten Flächeneinsparungen enthalten. Grundlage können dabei z.B. die Dichtevorgaben in den Regionalplänen sein.

In den Sachstandsberichten zu Erneuerungsmaßnahmen deren Bewilligungszeitraum innerhalb eines Jahres endet, sind Informationen zum Abschluss der Erneuerungsmaßnahme bzw. zur Vorlage der Abrechnung zu geben.

5. Zusätzliche Unterlagen bei Bund-Länder-Maßnahmen

Nach der Programmentscheidung werden die betroffenen Städte und Gemeinden aufgefordert die elektronischen Begleitinformationen in der Datenbank des Bundes vollständig und aussagekräftig auszufüllen.